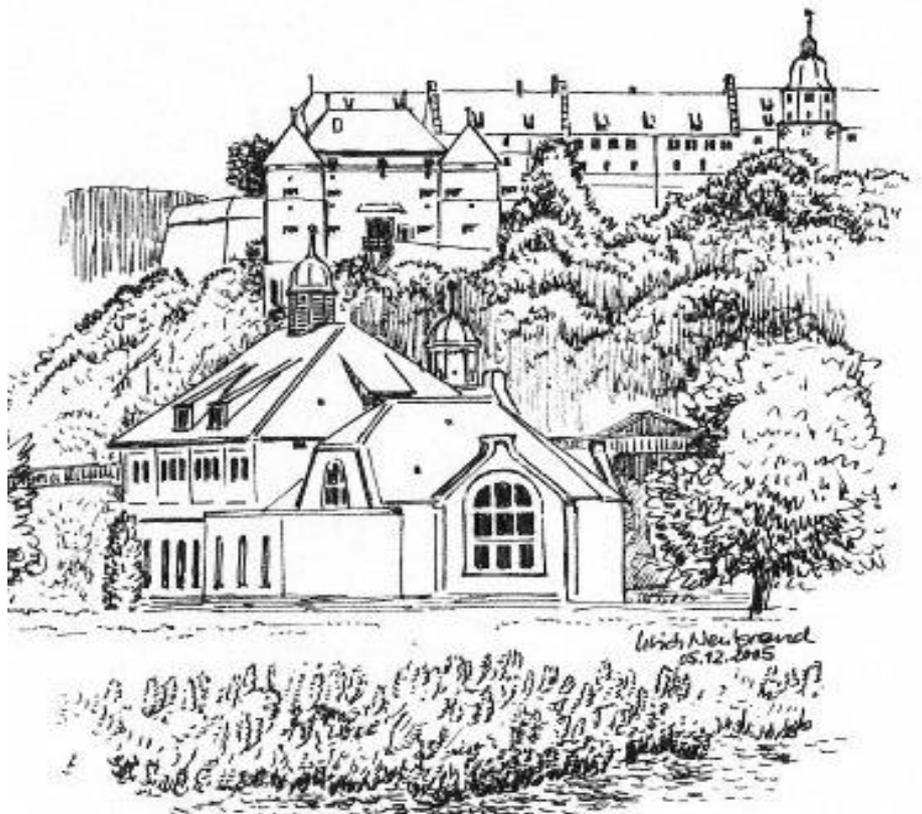


Kommunalwahl '09

DKP Heidenheim

**Wo DKP draufsteht ist linke
Kommunalpolitik drin**

Unsere kommunalen Ziele



**Die Alternative ins Rathaus
Für eine soziale Stadt**

**DKP - Parteilose - Offene Liste
für Heidenheim**

Kommunale Zukunftsthemen.

Finanzen	Eine finanzielle Grundausstattung der Städte und der Gemeinden muss gesichert werden.
Privatisierung Entkommunalisierung	Öffentliches Eigentum darf nicht weiter verscherbelt werden. Nirgendwo!
Demokratie im Rathaus	Keine kommunale Geheimdiplomatie. Öffentliche Sitzungen haben grundsätzlich Vorrang.
Arbeit u. Ausbildung	Öffentliche Investitionen vorrangig für die Heidenheimer Handwerker und für die gewerblichen Mittelschichten.
Kindergärten u. Schulen	Bildung und Soziales hat Vorrang. Nur kleine Gruppen und Klassen, mehr pädagogische Hausaufgabenbetreuung, Ganztagschulen, Lernmittelfreiheit und Kindergärten zum Nulltarif.
Jugend und Integration	Zukunft, Jugend und Integration ist eine politische und soziale Einheit. Deshalb mehr Jugendarbeit in unserer Stadt.
Stadtentwicklung Umwelt u. Naturschutz	Die Schuhschachtelarchitektur mit Flach- und Pultdächern muss gestoppt werden. Keine Bebauung im Vogelschutzgebiet. Wegenetze erhalten. Ein Stadtbild, das Identität schafft.
Ploucquet-Areal	Der Privatisierung von städt. Grund u. Boden ein Ende setzen. Das Ploucquet-Areal bleibt in städt. Hand.
Kunst, Kultur u. Sport	Kulturpolitik ist auch Sozialpolitik. Deshalb muss Kunst und Kultur in Heidenheim auch für den „Kleinen Mann“ bezahlbar sein. Sportentwicklung für Breitensport.
Stadtwerke AG	OB Ilg und sein Gemeinderat sind der Öffentlichkeit Rechenschaft über die Kalkulation der Strom-, Gas-, Wärme- und Wasserpreise schuldig.
Verkehr ÖPNV Innenstadttunnel	Gerade wegen der innerstädtischen, topographisch beengten Situation hat der ÖPNV für die Zukunft eine große Bedeutung. Kein Innenstadt-Tunnel.
Wohnen	Menschenwürdiger und auch bezahlbarer Wohnraum muss in unserer Stadt für Jedermann zur Verfügung stehen. Kommunaler Wohnungsbau gegen den Finanzhai Gagfah.
Senioren	Den älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern ist eine altersgemäße Kultur- und Lebensperspektive zu sichern.
Handwerk und Gewerbe	Die Handwerker und die Gewerbetreibenden sowie die Heidenheimer Einzelhändler stehen wegen der abfallenden Kaufkräfte und einer Steuerpolitik für das Großkapital unter gewaltigem Druck.
Städtepartnerschaft	Städte und Gemeinden in der EU haben die gleichen Probleme. Bürokratismus, Direktiven und Sozialabbau.
Städtesolidarität EUROPA für Frieden	Die Solidarität der Städte für „Frieden in Europa“ verhilft den Partnerstädten zu neuen politischen Aufgaben und Perspektiven.
Antifaschismus	Stadtverwaltung, OB Ilg und der Gemeinderat müssen sich bewußt werden, auch sie tragen Verantwortung bei der Abwehr des Neofaschismus.

Wenn Sie DKP wählen - *haben Sie sich nicht verwählt*

Kommunalpolitik und soziale Gerechtigkeit

Liebe Heidenheimer Mitbürgerinnen
und Mitbürger,

wenn Sie diese Broschüre in der Hand haben und durchblättern, wird Ihnen der Bilderreichtum ins Auge fallen. Die DKP hat sich in über 30 Jahre an vielen Stellen in der Stadt mit konkreten Aktivitäten, mit Infoständen in der Innenstadt, in Wohngebieten oder bei Hausbesuchen um die Anliegen und Probleme der einfachen Leute gekümmert und auf Fehlentwicklungen hingewiesen.

Kommunalpolitik und soziale Gerechtigkeit ist für uns Kommunistinnen und Kommunisten eine untrennbare politische Verbindung. Unsere Kandidatinnen und Kandidaten sind Frauen und Männer, Junge und Alte, Rentner und Beschäftigte, Facharbeiter und Arbeitslose, die sich für die kommunale Interessenvertretung entschieden haben. Wir alle sehen uns als wirkliche Lobbyisten für Mieterinteressen, für erschwingliche Bildungs- und Kultureinrichtungen. Wir stehen für mehr kommunale Demokratie im Gemeinderat gegen Geheimniskrämerei, für öffentlichen Beratungen. Kommunale Identität wollen wir bewahren, deshalb wenden wir uns gegen den Abriss denkmalgeschützter Gebäude und gegen die billige „Schuhschachtel-Architektur“ aus dem Rathaus. Die B 466 wird durch die Innenstadt mit Tunnel und großem Kreislauf beim Schillergymnasium zur LKW-Durchgangssachse. So wird Heidenheim das Nadelöhr, zum „Stauraum“ ausgebaut.

Der schleichende Umbau der Stadtverwaltung zu einer Stadt „AG“, in der ein Oberbürgermeister zum City-Manager wird, in der immer mehr kommunale Aufgaben an externe Beratungsgesellschaften vergeben werden, verfolgen wir mit zunehmender Sorge. Das demokratische Selbstverwaltungsrecht verkommt zum betriebswirtschaftlichen Management, das parlamentarische oder gar demokratische Kontrolle ausschließt. Betriebswirtschaftliche Prinzipien bedeuten straff und hierarchisch organisierte Leitungen, interessengeleitete Informationssteuerung, permanente Kostenreduzierung, minimaler Personaleinsatz, Ausrichtung der kommunalen Aufgaben nur auf die gesetzlichen Pflichtaufgaben, Abstoßen „kostenträchtiger“, nur „belastender“ Bereiche und Schönung dieser bürgerfeindlichen, neoliberalen Kommunalpolitik durch Werbung und Marketing.

Die DKP setzt gegen das „Konsumparadies Heidenheim“ das Konzept einer solidarischen Stadt, einer Stadt für alle, die hier leben, lernen und arbeiten. Für mehr kommunale Demokratie und kommunale Mitbestimmung.

Ihre DKP Stadträte für Heidenheim



Liebe Heidenheimer Mitbürgerinnen und Mitbürger,

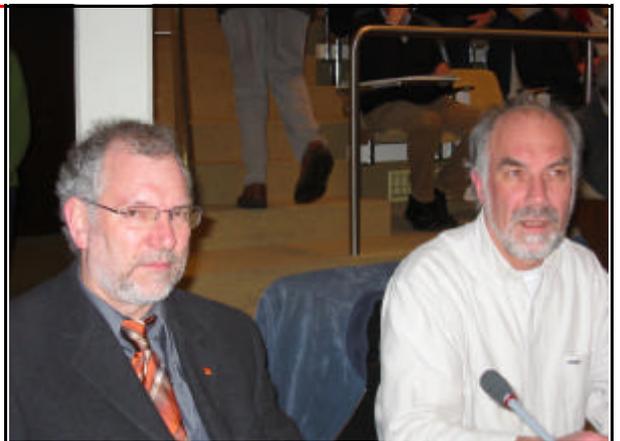
über drei Jahrzehnte haben Sie mir und meiner Partei, der DKP, für die Arbeit im Gemeinderat der Stadt Heidenheim Ihr Vertrauen und auch Ihre Stimme gegeben.

Viele Erfahrungen konnte ich gemeinsam mit Ihnen bei vielen Gesprächen und Begegnungen in Wohngebieten und bei Wohnungsbesuchen sammeln.

In zahlreichen Mieterversammlungen für die ehemaligen GBH, neuerdings auch für die Gagfah-Mieter, ist mir bewusst geworden, wie vielschichtig und konfliktreich sich die Sorgen der Mieter offenbaren. Kraft unserer Mandate konnte manche Hilfestellung organisiert werden. Zu allen Haushaltsberatungen standen alternative Anträge zur Abstimmung. Kommunale Sonderveröffentlichungen zur Stadtentwicklung, zum ÖPNV, den Tunnelvarianten, zur kommunalen CO2-Minderung, zur Arbeitslosigkeit und zu verschiedenen Einzelthemen wie z.B. zum Abriss von „Klein Zürich“, Schlossbergprojekt, zuletzt zur Gestaltung des Ploucquet-Areals. Alle Veröffentlichungen aus der Sichtweise des „Kleinen Mannes“. Kommunistische Stadträte, so auch ich, verstehen sich als die Interessenvertreter der Arbeitnehmerschaft.

Es war für mich nicht immer einfach meine familiäre, berufliche und meine politische Arbeit in Übereinstimmung zu bringen. Es gab aber bei meiner Arbeit als Mitglied im Betriebsrat bei VOITH und meiner kommunalpolitischen Arbeit keine Widersprüche. Betriebliche Interessenvertretung und kommunale Interessenvertretung verstand ich als Einheit. Meine politische, marxistische Grundhaltung waren für mich Kompass und Orientierung in meiner Beurteilung der Probleme und Konflikte.

Viele Heidenheimer Mitbürgerinnen und Mitbürger haben mir ihr Vertrauen geschenkt. Dafür möchte ich mich auch recht herzlich bedanken. Für die Gemeinderatswahl am Sonntag, den 07. Juni 2009 möchte ich Sie bitten, meinen Nachfolgern, den Stadträten R. Püschel u. W. Benz, so wie mir und meiner Partei, der DKP, Ihr Vertrauen zu schenken. Ich bin mir sicher, Ihre Interessen und Ihre Stimmen sind bei den Stadträtinnen und Stadträten der DKP, bei allen Kandidatinnen und Kandidaten auf der Liste der DKP, in den richtigen Händen.



**Wilhelm Benz und Reinhard Püschel
die Stadträte der DKP**





„Die Finanzen für unsere Stadt waren schon zu meiner Zeit „besch....!“

Finanzen

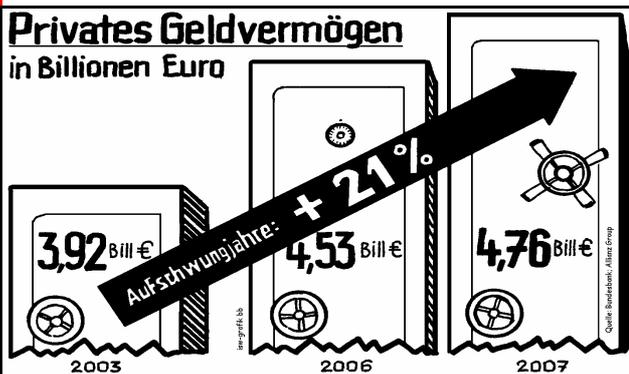
Nur Reiche können sich eine arme Stadt leisten - mehr Geld für Soziales

Es darf nicht darüber hinwegtäuschen, der Sonderbonus durch den Verkauf des GBH Aktienpakets ist nur eine Zwischenbilanz im Finanzhaushalt der Stadt Heidenheim

Die Einnahmen aus diesem Sonderbonus sind bereits verplant und fließen in Prestigeprojekte auf dem Schlossberg. Durch den dramatischen Verlust von Arbeitsplätzen und die fallenden Einwohnerzahlen schwindet Kaufkraft, und die Finanzzuweisungen wer-

den weniger. Stadtverwaltung und Gemeinderat sind politisch gefordert, sich stärker für eine bessere Umverteilung von Oben nach Unten einzusetzen. Für die DKP ist Kommunalpolitik eingebettet in die Landes- u. Bundespolitik.

➔ **Die DKP fordert: Eine bessere Finanzausstattung und Finanzverteilung für die Städte u. Gemeinden.**



Der immer größeren Armut vieler steht der rasant wachsende Reichtum einiger weniger gegenüber. Die Steuerlast für die Reichen muss erhöht, Steuergeschenke der Vergangenheit müssen einkassiert werden.

➔ **Die DKP fordert: Der international verbreitete Steuertourismus muss bekämpft, eine Vermögens- und eine Börsenumsatzsteuer müssen eingeführt werden.**

Was muss getan werden!

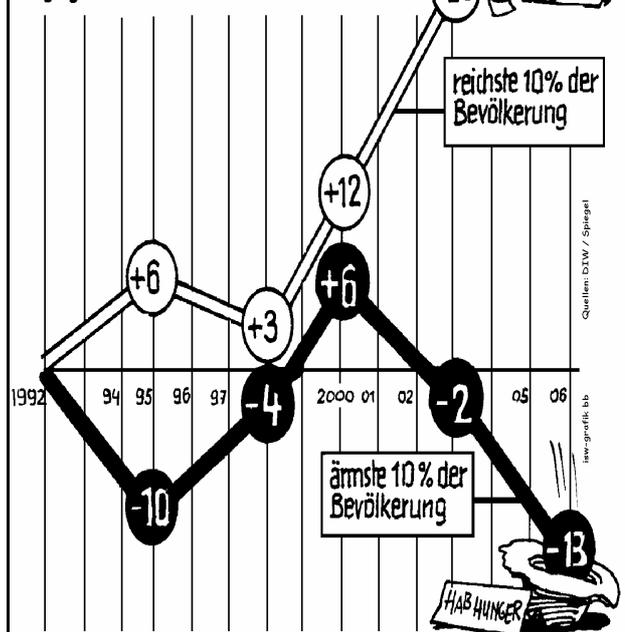
Auf Bundesebene müssen

- ➔ die Multimillionäre stärker besteuert, der Geldadel stärker geschröpft,
- ➔ die Konzernprofite u. Managergehälter stärker besteuert, Börsenumsatz- u. Spekulationssteuer eingeführt,
- ➔ die Wirtschafts-, Steuerkriminalität u. Korruption bekämpft,
- ➔ die Zinszahlungen der öffentlichen Haushalte befristet eingestellt (Zinsmoratorium),
- ➔ die Kriegs- und Rüstungsausgaben um mindestens 10% gekürzt werden.

Und die Kommune

- ➔ kann die Gewerbesteuer erhöhen, Prestigeprojekte stoppen und eine Nahverkehrsabgabe entwickeln

Veränderung des durchschnittlichen realen Prokopf-Nettoeinkommens gegenüber 1992 in Prozent



„Die Neoliberalen, die Freien Wähler, OB Ilg, seine CDU, Teile der Grünen u. Teile der SPD nehmen mir alles weg!“



Privatisierung

Privatisierung ist Diebstahl von öffentlichem Bürgereigentum

Stellen Sie sich vor, was wäre,

wenn ein Zigarettenkonzern die Grund- u. Hauptschulen, ein Ölmulti die Gymnasien und ein Rüstungskonzern die Universitäten übernehme?

Wenn ein Nahrungsmittelmulti die Wasserversorgung im Griff hätte?

Wenn eine Briefkastenfirma in New York die Müll- und die Abwasserentsorgung betreiben würde?

Wenn ein Designfood-Konzern die Krankenhäuser, die Altenheime und Ärzte beherrschte?

Sind Sie denn glücklich mit den privatisierten Strom- und Gasmultis?

Warum sind die Stadtwerke Heidenheim eine Aktiengesellschaft?

Was halten Sie von der privaten Post und Bahn, von den vielen privaten Telefon- und Kommunikationsanbieter? Warum werden die Grundbedürfnisse der Menschen dem privaten Kapital überlassen und gegeneinander in Konkurrenz gesetzt? ★

Wir sagen „Nein“ zur Privatisierung des öffentlichen Eigentums.

Die öffentliche Daseinsvorsorge darf nicht den privaten Interessen und der Konkurrenzlogik der Monopole geopfert werden

Wir, die DKP und unsere Stadträte sagen:

Grundsätzlich „NEIN“ zur Privatisierung von öffentlichem Eigentum.

Keine Teilprivatisierungen und Minderheiten-Beteiligungen der Stadt mit fremden Gesellschaften.

Keine Private Partnership-Beteiligungen (sog. PPP-Modelle)

„Die Stadtverwaltung und ich, auch Teile des Gemeinderats, stehen zur Privatisierung. Das mit den Wohnungen an die Gagfah war doch nicht schlecht.“
Oder?



Wir stehen für den Ausbau und den Erhalt von städtischem Eigentum

**Städtischer Grund und Boden bleibt in städtischem Eigentum
„JA“ zur Erbpacht bei Grundstücken für private Investitionen zur Daseinsvorsorge, insbesondere für den Wohnungsbau
Kommunalisierung nicht Privatisierung**

Nur Reiche können sich eine privatisierte Stadt leisten



„Heute meint OB Ilg, die Stadt sei sein. Das konnte ich mir nur zu meiner Zeit erlauben. Ich dachte: Demokratie sei Zukunft. Die Herren Stadträte haben es noch immer nicht begriffen. „Nur Honoratioren!““

Mehr

Demokratie im Rathaus

Bürgerbegehren gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum

Das lokale Gemeine, das kommunale Öffentliche, das Eigentum der Bürger/innen, um nicht das diskreditierte Wort Volkseigentum zu benutzen, ist in der Konstruktion des Gesamtgebäudes demokratischer Staaten ein tragendes Bauelement. Dieses tragende Bauelement wird von den herrschenden Parteien scheinbarweise zerschlagen, weil die finanzielle Ausstattung der Kommunen regelmäßig hinter den ihnen gesetzlich vorgeschriebenen und ihren freiwilligen Aufgaben zurück bleibt.

Die materielle Unterausstattung der Kommunen „ganz unten“ erlaubt es „ganz oben“ u.a. imperialistische

Kriege zu führen.

Es gibt einen Zusammenhang zwischen der Finanzausstattung der Kommunen, dem Zwang zur Privatisierung von öffentlichem Eigentum der Kommunen und ihrer demokratischen Substanz.

Die Stadtverwaltung ist kein Unternehmen und OB Ilg kein Vorstandsvorsitzender.

Ein Oberbürgermeister ist in allen Belangen der kommunalen Öffentlichkeit, der Daseinsvorsorge und den Grundanliegen der Bürgerinnen und Bürgern verpflichtet, nicht den angesiedelten Unternehmen und Konzernen in der Stadt.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, wir sind überzeugt, sie haben den Deal mit den GBH-Mietwohnungen und der Gagfah noch nicht vergessen. Damals redeten alle von Verhandlungen am Gemeinderat vorbei hinter verschlossenen Türen. Stadtrat Püschel bekam vom Gemeinderat eine Abmahnung, weil er als Verantwortlicher der Stadtzeitung BLICKPUNKT über Zusammenhänge um den Abriss des



Mietwohngebiets „Klein Zürich“ berichtete. Der Maulkorbberlass des Gemeinderats gegenüber den Heidenheimer Tageszeitungen, denen die Gemeinderatsvorlagen für Vorabinformationen an die Bevölkerung verweigert wurde. Denken Sie an die Proteste der Anlieger im Zusammenhang mit der Schließung von Fußwegen und Treppen in verschiedenen Wohngebieten.

Demokratische Selbstverwaltung nur mit Transparenz und öffentlicher Kontrolle möglich!



Offenlegung aller Verträge mit privaten Investoren.

Die Stadt als Besitzer der

Stadtwerke AG veröffentlichen die Preis- und

Kostenkalkulation bei Strom, Gas, Wasser und Wärme.

Rechenschafts- und Berichtspflichten der Stadträte, die in Gesellschaften mit städt. Beteiligung delegiert sind.

Die demokratische Form der Bürgerbeteiligung

(Bürgerentscheid) muss grundsätzlich in die Hauptsatzung

„Die Vernichtung der Industriearbeitsplätze ist die Ursache, daß meine Mitbürgerinnen und Mitbürger immer weniger werden.“



Recht auf Arbeit u. Ausbildung



Der stoffliche Reichtum einer Gesellschaft beruht stets auf der Verbindung von zwei Elementen, nämlich der Arbeit und den Stoffen der Natur. Der Vater des gesellschaftlichen Reichtums, so zitiert Karl

Marx einen englischen Kollegen, ist die Arbeit, die Erde ist seine Mutter.
(MEW 23, 57 f.)

Wer sich außerhalb seiner eigenen Arbeit Reichtum aneignen wollte, war deshalb schon immer darauf angewiesen, sich Arbeitskräfte und Naturstoffe anzueignen und diese auszubeuten.

**Hungerlöhne bei 8 Mio. Menschen in der BRD
davon 6 Mio. unter 7,50 Euro. und 2 Mio. unter 5,- Euro
Leiharbeit verbieten - Mindestlohn einführen**

2003 gab es 327 301 LeiharbeiterInnen 2007 waren es 731 100, 12% davon beziehen dazu noch ALG II
Rund 1,2 Mio ArbeitnehmerInnen nehmen ergänzende Leistungen aus Hartz IV in Anspruch
(Aufstocker), 50 Prozent aller Selbstständigen -über 2 Mio. Personen- sind so genannte Solo-Selbstständige nicht selten prekäre oder Scheinselbstständige. Rund 7 Mio. geringfügig Beschäftigte sog. Mini-Jobber und weitere 600.000 (aufs Jahr bezogen) Ein-Euro-Jobber

Unsere gesamtgesellschaftliche Forderung:

- **Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn-/Gehalts- u. Arbeitsplatzausgleich**
- **Steigerung der Massenkaufkraft zur Verbesserung der Inlandsnachfrage**
- **Verbesserung der Infrastruktur durch Erhöhung der Staatsausgaben oder wegen der Finanzkrise staatliche Beschäftigungsprogramme**

Kommunales Mittelstandsprogramm:

- **Zur Sicherung der heimischen Arbeitsplätze im Handwerk wird die Rücklage von 5 Mio Euro aus dem Verkauf der GBH-Aktien an die Gagfah für ein kommunales Mietwohnungsbauprogramm verwendet**



Vergesellschaftung, damit die Wirtschaft den Menschen dient! - DKP



„Kommunale, gebührenfreie Kindergärten, Lernmittelfreiheit an den Schulen, Zuschüsse für Hartz IV-Familien und Gesamtschulen brauche ich, damit es in meiner Stadt voran geht!“

Kindergärten und Schulen

Chancengleichheit im Kindergarten und in der Schule lassen sich nur mit einer guten Grundbildung in Grund- und Hauptschulen realisieren.

Um der Gewalt an den Schulen zu begegnen, ist es unumgänglich, kleinere Klassen zu schaffen und mehr Lehrer einzustellen.

Verfassungswort:

„Jeder junge Mensch hat ohne Rücksicht auf Herkunft oder wirtschaftlicher Lage das Recht auf eine seiner Begabung entsprechenden Ausbildung“
Artikel 11 der Verfassung des Landes Ba.-Wü.

Unsere Forderungen:



So wie es Schulgeldfreiheit gibt, muss es auch Kindergarten- Kindertagesstättenfreiheit geben.

Kommunale Kindergärten müssen frei von religiösen u. konfessionellen Inhalten sein

An allen Kindergärten muss gezielte Sprachförderung angeboten werden



Betriebskindergärten, die kommunal gefördert werden, haben ihre Finanzierung, die Belegung und Gruppenstärken mitzuteilen



DKP Aktion Dezember 2007 im Rathaus und Gemeinderat

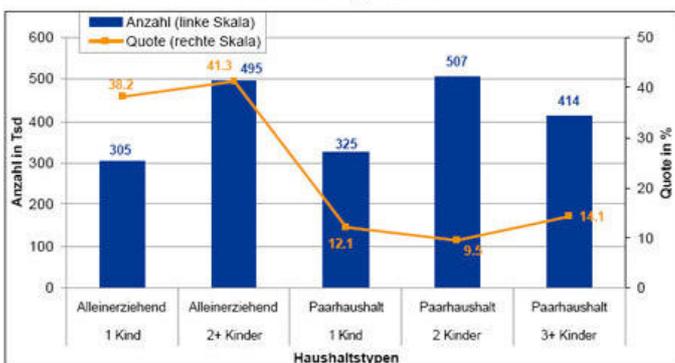


Zur Einschulung für Kinder aus Hartz IV-Familien sind Einschulungsbeihilfen zu gewähren. Ganztagschulen und Nachmittagsbetreuung zur Hausaufgabenhilfe sind unbedingt auszubauen.

Verpflegungsangebote sind einzurichten.

Kleinere Klassen, plus mehr Lehrer ergibt bessere pädagogische Betreuung

Abbildung 2-5: Anzahl und Quoten von armutsgefährdeten Kindern in Deutschland, nach Familientypen, 2006



FIT, Prognos 2007

„Multi-Kulti mit meinen
fremdländischen Mitbürgerinnen und Mit-
bürgern ist angesagt. Spießbürgerliche Zeit-
genossen sind Vergangenheit!“
Bildungsplätze statt Kriegseinsätze
meine Herren im Rathaus



Jugend

und Integration.

**Jugend gemeinsam gegen
Krieg, Sozialabbau und Bildungsklau**



Den überfüllten Schulklassen, dem steigenden Unterrichtsausfall, den Studiengebühren und den fehlenden Ausbildungsplätzen ist entschiedener Widerstand entgegenzusetzen. Es ist Zeit, sich zu wehren -und zwar gemeinsam: Schüler, Studierende, Azubis, junge Erwerbslose und auch Beschäftigte.



Für das Recht auf Bildung

Bildung ist ein Grundrecht. Der Zugang zu Bildung entscheidet über Deine Chancen auf einen Ausbildungsplatz, auf den Besuch einer Uni, kurz: Deine Zukunftsperspektive. Ohne gute Bildung gibt es für Dich nur einen Weg: den zur Arbeitsagen-

tur. Doch Bildung ist mehr. Durch Bildung kannst Du die Zusammenhänge in Deiner Gesellschaft und Deine Lage begreifen. Wer seine Lage erkannt hat, handelt selbstbestimmt, hat die Chance, mitzuentcheiden

und der Manipulation von Medien und Politikern zu entkommen.

Bildung sollte Spaß machen. Aber Zukunftskiller tun alles, um Deine Schullaufbahn nach ihren Bedürfnissen auszurichten und nicht nach Deinen.

Heidenheim eine Bildungsstadt?



Lernmittelfreiheit an allen Schulen, Gymnasien und der Berufsakademie absichern

Städtische Leistungen für Bildung ausbauen.



Stadtbücherei auf das Ploucquet-Gelände mit akademischer Fachliteratur und Lesesaal, Erwachsenenbildung mit modernen Medien und kommunalem Kino.



Wer wirklich links wählen will - wählt DKP



„So habe ich mir meine Stadt im 21. Jahrhundert nicht vorgestellt. Schuhschachtelarchitektur, Flach- u. Pultdächer, keine Stadtbildplanung, der Schlossberg nobel verhunzt, verjübelte Mietwohnungen. Als Ur-Heidenheimer bin ich mir total fremd. Ich könnte weinen!“

Stadtentwicklung

Umwelt- und Naturschutz

Stadtentwicklung

ist nicht nur Kommerz. Stadtentwicklung ist Bausubstanz, Architektur, Kultur, Wohnen, Arbeiten, Lernen, Freizeit, Umwelt, Naturschutz



Eine primitive Schuhschachtel-Architektur beherrscht unsere Stadt

Ist Heidenheim tatsächlich eine „Wohlfühl-Stadt“. Schafft es OB Ilg, Heidenheim nach einer „Kinder-, Bildungs-, Familien- u.s.w. Stadt zur dem Ausbau der B 466 und Tunnel wird Heidenheim

zum Verkehrsnadelöhr. Da hilft auch keine Luxus-Wellness- und Kongress-Hotel-Gastronomie auf dem Schlossberg.

OB Ilg, der sich der Industrie, dem Kommerz verpflichtet sieht, richtet sein Augenmerk auf Zuwächse beim Umsatz der Kaufhauskonzerne und der Gewerbetreibenden. Die Innenstadt, für OB Ilg, scheint nur attraktiv, wenn Käuferlebnisse gesteigert und mit sog. Events die „kauffreudige“ Bevölkerung auch aus dem Umland in die Stadt gezogen wird.



Verkehrssituation „Heidenheimer Nadelöhr“
Kreisel am Schillergymnasium

Unsere Stadt braucht:

Eine Stadtbildsatzung für Teilbereiche unserer Wohn-, Gewerbe-, Handels-, und innerstädtischer Bebauungsgebiete.

Es kann nicht sein, dass die von OB Ilg und der Stadtverwaltung favorisierte Schuhschachtel-Architektur in unserer Heimatstadt die Oberhand gewinnt.

Einen Lebensmittelmarkt in der Innenstadt (Keine Vergrößerung der „Schloß-Arkaden“ und Abbruch der Polizeiwache) Die DKP ist für den Um- und Ausbau der ehemaligen COOP-Immobilien zu einem Lebensmittelmarkt.

Grund und Boden ist ein sensibles gesellschaftliches Gut.

Natur- und Umweltschutz zählt zur kommunalen Daseinsvorsorge.

Flächenverbrauch verhindern.

Das Vogelschutzgebiet an der Fuchssteige muss erhalten und darf nicht als Baugebiet ausgewiesen werden.

Die „Freie Wähler“- Immo Grath-Bebauungsforderungen in der Stadt dürfen keine Unterstützung finden.

Das im Flächennutzungsplan ausgewiesene Baugebiet „Asang“ ist mittelfristig weiter zu verfolgen.

„Der Herr Ploucquet war früher ein frommer Kerl. Sein Industriegelände darf weder von der CDU noch von den FreienWählern verschandelt werden. Das wäre eine Schande für meine Stadt!“
Die DKP, das lob ich mir, die haben es drauf!“



Ploucquet-Areal

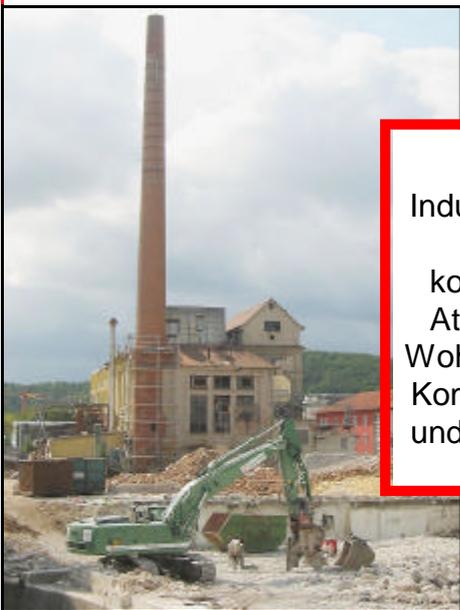
Ein Zukunftsprojekt für Kultur u. Wohnen

Wer, wenn nicht wir? Wenn nicht wir, wer sonst?

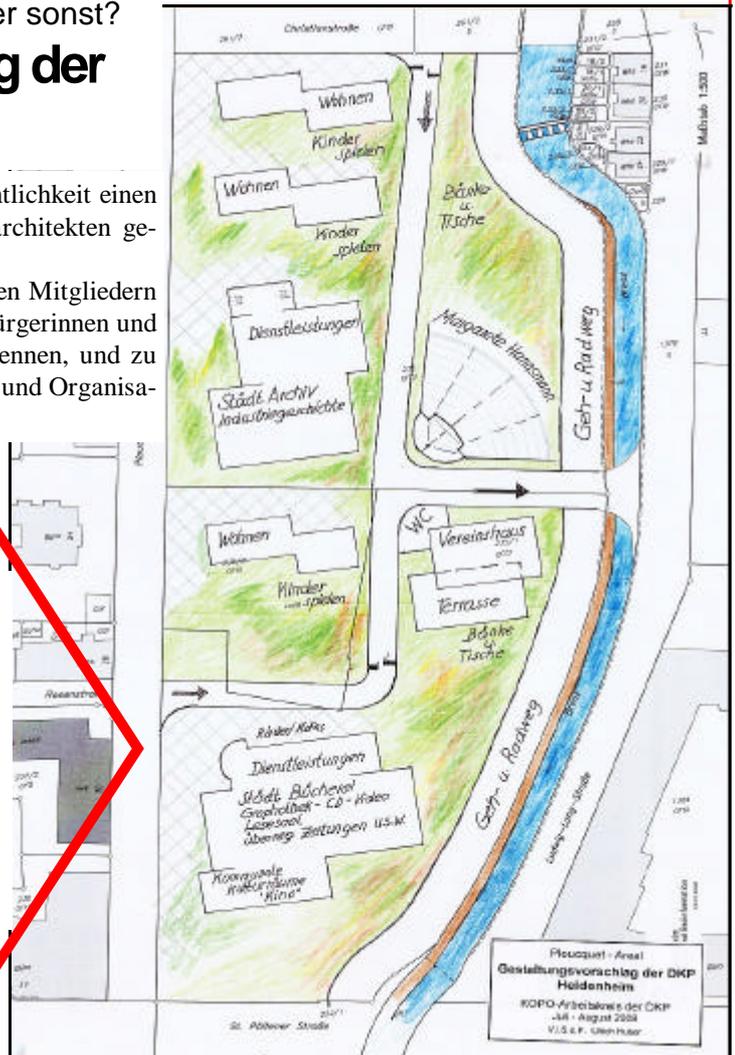
Ein Gestaltungsvorschlag der DKP Heidenheim

Die DKP Heidenheim ist nicht so vermessen, der Öffentlichkeit einen ausgefeilten und von einem qualifizierten Landschaftsarchitekten gestalteten Planungsentwurf vorlegen zu wollen.

Aber die Stadträte der DKP nehmen, gemeinsam mit den Mitgliedern der Partei, für sich in Anspruch, die Bedürfnisse von Bürgerinnen und Bürgern und von Organisationen in Heidenheim, zu kennen, und zu wissen, was dem Kultur- und Bürgersinn der Menschen und Organisationen in der Stadt, fehlt.



Eine Industriebrache wird zur kommunalen Attraktion für Wohnen, Kultur, Kommunikation und für Vereine



Der von Mitgliedern, Kandidatinnen und Kandidaten erarbeitete Gestaltungsvorschlag ist als eigenständige Broschüre an allen Infoständen der DKP erhältlich

Wo kommunale Selbstverwaltung draufsteht - muss auch kommunale Selbstverwaltung drin sein!
Deshalb die DKP am 07. Juni 2009



„Die Kandidatinnen und Kandidaten der DKP? Spitze!“



Reinhard Püschel
geb.: 14.12.1951
Schlosser / Stadtrat
Stellv. Vors. Mieterverein
DKP Mitglied



Wilhelm Benz
geb.: 19.11.1953
Verkäufer / Stadtrat
GBR-Vorsitz. Rewe UE GmbH
DKP Mitglied



Claudia Cina
geb.: 25.11.1950
Küchenhilfe
DKP Mitglied



Günter Werner Bauder
geb.: 29.01.1979
Kurierfahrer
DKP Mitglied



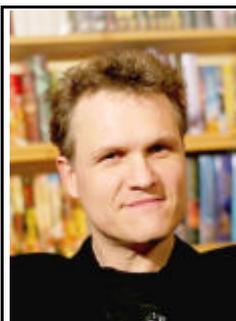
Sonja Bernhard
geb.: 17.07.1970
Familienpflegerin
parteilos



Johann Holzheu
geb.: 03.08.1944
Dipl. Pädagoge
DKP Mitglied



Karin Stricker
geb.: 07.05.1949
Hausfrau
parteilos



Thomas Bernhard
geb.: 05.12.1967
Heilpädagogin
DKP Mitglied



Liane Huber
geb.: 05.01.1983
Studentin
DKP Mitglied



Hans Fischer
geb.: 17.12.1958
Industriekaufmann
Betriebsrat
DKP Mitglied



Birgit Fischer
geb.: 16.08.1952
Hausfrau
DKP Mitglied



Günter Bauder
geb.: 09.02.1940
Kaufm. Angestellter
DKP Mitglied



Tamara Tetzner
geb.: 03.12.1970
Arbeiterin
parteilos



Peter Stricker
geb.: 23.10.1940
Designer
DKP Mitglied



Bettina Noak
geb.: 10.06.1948
Heimerzieherin
parteilos

Liebe Heidenheimer Mitbürgerinnen und Mitbürger

für die Wahl zum Gemeinderat am 07. Juni 2009 haben sich für die Stadt Heidenheim, für den Wahlvorschlag der DKP Heidenheim 28 Kandidatinnen und Kandidaten zur Verfügung gestellt. Was uns besonders freut, dass sich Sie auf unserem Wahlvorschlag neben den Mitgliedern der DKP, eine Vielzahl von parteilosen Frauen und Männer bereit erklärt haben, sich für ein Gemeinderatsmandat zu bewerben. Ein Beweis unserer Offenheit für möglichst viele kommunalpolitisch interessierter Frauen und Männer in unserer Stadt.

„Jawoll - alle 32 Stimmen der DKP!“



Trotz unserer Bemühungen ist es uns allerdings nicht gelungen, unsere Teilorte Oggenhausen, Großkuchen, Kleinkuchen mit Nietheim und Rotensohl zu berücksichtigen.

Trotz alledem ist es für alle Wählerinnen und Wähler auch aus den Teilorten möglich, Ihre 32 Stimmen auf unsere 28 Kandidatinnen und Kandidaten zu vergeben.

Wir empfehlen Ihnen bei 4 Kandidatinnen oder Kandidaten eine 2 in das Kästchen hinter der Kandidatin oder dem Kandidaten und bei allen anderen Kandidatinnen und Kandidaten eine 1 zu schreiben.

Alle Stimmen zusammengerechnet dürfen nicht mehr als Ihre 32 Stimmen sein.

So helfen Sie uns. So haben Sie keine Stimme verschenkt



Rolf-Dieter Hipp
geb.: 20.12.1943
Lehrer i.R.
parteilos



Karlheinz Hertz
geb.: 26.10.1952
Elektrotechniker
DKP Mitglied



Jennifer Gebauer
geb.: 24.01.1984
Konditorin
parteilos



Peter Auerhammer
geb.: 17.04.1981
Bäcker
DKP Mitglied



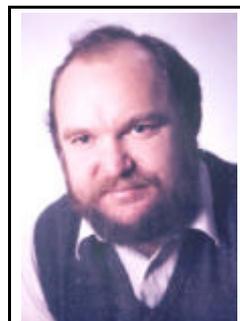
Waltraud Kasun
geb.: 10.06.1951
Arbeiterin
parteilos



Ercan Üc
geb.: 18.03.1980
Maschinenbediener
parteilos



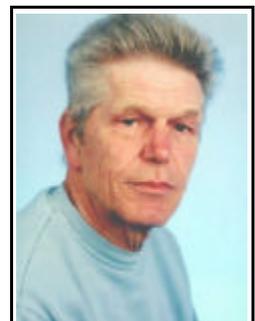
Haralanbos Tsakiridis
geb.: 05.08.1950
Arbeiter
DKP Mitglied



Martin Surmiak
geb.: 24.09.1953
Dipl. Ingenieur (FH)
DKP Mitglied



Marga Riebe
geb.: 27.10.1944
Hausfrau
DKP Mitglied



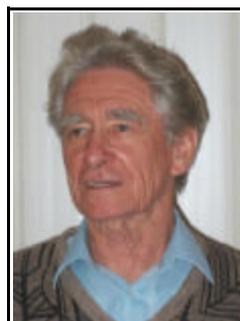
Otto Mitan
geb.: 29.05.1938
Rentner
parteilos



Manfred Döring
geb.: 05.11.1957
Rentner
parteilos



Siegfried Springer
geb.: 31.05.1946
Masch.-Schlosser
DKP Mitglied



Georg Kunter
geb.: 18.11.1929
Dipl. Ökonom
parteilos



Ehemaliges Bahnhof - Hotel



„Ja, ich weiß schon, die „Großkopfeten“ und OB Ilg wollen die Schlossberg-Luxus-Hotel-Kultur. Ich weiß das! „Beim Luxus sind sie fix - für „Kleine Leute“ tun sie nix!“

Kunst, Kultur

Sport und Freizeit

Fußball in Heidenheim

ist schön, ist aber wirklich nicht alles! Oder?

Der Hick-Hack der Stadtverwaltung um ein Fußballstadion, dem OB Ilg samt seiner CDU/Freie Wähler-Koalition und Teilen der SPD gefolgt sind, hat die Stadträte der DKP nicht beeindruckt. Den **Sportentwicklungsplan**, der den allgemeinen Breitensport der Vereine favorisiert, hält die DKP für richtig, ebenso den Investitionsplan, der den Vereinen, aber auch den

Bedürfnissen des **Jedermannsport** immer wieder neu gerecht werden muss. Wesentlich ist die offene soziale Breite der Sportvereine für alle soziale Schichten in der Bevölkerung.

Deshalb: Der Schwenk der kommunalen Fußballhonorationen um OB Ilg zurück zum Albstadion, war keine falsche Richtungsentscheidung. ★

Kunstspensing „Ja“ aber in die Haushaltskasse der Stadt

Die DKP steht auf Kleinkunst, für Kultur in Kneipen, besser, für Kultur in gastronomischen Einrichtungen. Wir sagen auch, der Anspruch auf Kunst und Kultur muss auch dem „Kleinen Mann, und der „Kleinen Frau“ermöglicht werden. Des-

halb nicht nur Freiplätze für die „Großkopfeten“ sondern auch für Hartz IV-Empfänger bei den Opernfestspielen und anderen Veranstaltungen der Heidenheimer Kulturszene. ★



Unsere Vorschläge:

➔ Für die Heidenheimer Kunst- und Kulturszene ist eine Kunst- und Kulturanalyse zu erarbeiten.

Darin sind alle in Heidenheim bekannte Kunst- und Kulturschaffenden zu erfassen.

➔ Kultur in gastronomischen Einrichtungen, private Kleingruppen und Laientheater.

Kultur und Folklore von Einwanderern und ausländischer Gruppen.

➔ Die Jugend und Alternativkultur an Schulen, Gymnasien und Vereinen.

Literaturtage Ba.-Wü. 2010

➔ Zur Erinnerung an Margarete Hannsmann und HAP Grieshaber gemeinsame Lesungen und Ausstellungen im Kunstmuseum (Ehem. Volksbad)

Ein Rotes Heidenheim: „Die DKP hat hier Tradition“

„Ein billiger Schachzug von OB Ilg. Bei seiner Tochter und den Enkeln Gewinne u. Konzessionen abzukassieren. Sich beim Luxushotel noch die Tiefgarage finanzieren zu lassen, schlägt dem Fass den Boden aus. Dem OB und seinen „Geheimräten“ die „Rote Karte“ zeigen!“



Stadtwerke AG



Die Preis- und Kostenkalkulation bei Strom, Gas, Wasser und Wärme muß auf den öffentlichen Tisch

Die Stadtwerke haben die Aufgabe, Haushalte, Handwerk und Industrie mit Strom, Gas, Wasser und Wärme zu versorgen. Das gehört zur kommunalen Daseinsvorsorge. Die Stadtwerke AG steht aber im Verruf, zu den teuersten Tarifanbietern zu gehören. Protestaktionen und eine Bürgerinitiative haben sich gebildet. Sie verlangen gläserne Taschen bei der Preiskalkulation. Neben ihren Versorgungsaufgaben finanzieren die Stadtwerke auch noch Prestigeprojekte. So finanzieren und betreiben sie die Parkierung und die Tiefgarage des Luxushotels mit Konzerthalle auf dem Schlossberg. Auch das weit verbreitete so genannte Industrie-Sponsoring gehört nicht zur Kernaufgabe der Stadtwerke. Mit Gewinnabführungsverträgen und der Konzessionsabgabe an die Stadt werden die Bürger

und Bürgerinnen zweimal zur Kasse gebeten. Neben den Steuern, die die Bürger bezahlen, zahlen sie auch noch überhöhte Gebühren, die noch dazu erhalten müssen, die Billigtarife für die Industrie abzufedern. Die Stadtwerke Heidenheim sind eine Aktiengesellschaft und somit der kommunalen und demokratischen Mitbestimmung entzogen. Die DKP-Stadträte haben sich wiederholt gegen die Geschäftspolitik der Stadtwerke ausgesprochen. Sie sind der Ansicht, dass der Aufsichtsratsvorsitzende Oberbürgermeister Ilg und die im Aufsichtsrat vertretenen Stadträte sich in erster Linie dem Profit der Stadtwerke und nicht den Interessen der Bürgern und Bürgerinnen verpflichtet fühlen.

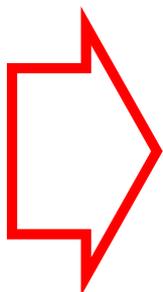
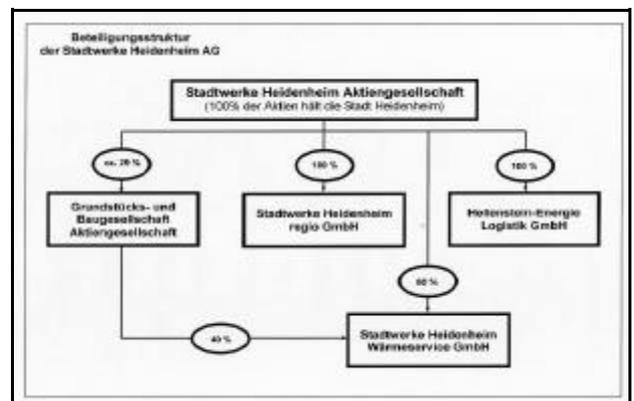
Deshalb:

Die vom Gemeinderat in den Stadtwerke AG-Aufsichtsrat delegierten Stadträte und OB Ilg haben über ihre dortige Arbeit im Gemeinderat zu berichten.

Die Stadt Heidenheim als Eigentümer der Stadtwerke AG muss über die Preiskalkulation bei Strom, Gas, Wasser und Wärme die Öffentlichkeit informieren.

Über alle Veränderungen der Geschäftsfelder, über Veräußerungen und/oder Beteiligungen sind Gemeinderat und Öffentlichkeit vor den Entscheidungen rechtzeitig und umfassend zu unterrichten.

Die Kernaufgabe der Stadtwerke AG ist Daseinsvorsorge für die Bürger.





„Zu meiner Zeit gab es noch Postkutschen.

Heute verstopfen die Autos die Innenstädte und vergiften die Luft. Der geplante Innenstadt-Tunnel ist unsinnig, weil er das Verkehrsproblem nicht löst.

Verkehr, ÖPNV und Tunnel

Der Straßengüter-LKW-Verkehr hat in den nächsten 30 Jahren eine Zunahme von 30 Prozent. Mit dem Ausbau der B 466 wird Heidenheim zum LKW-Nadelöhr am Totenberg. **Heidenheim ist eine LKW-Durchgangsstadt.**



Mit solchen Wachstumsprognosen sind kommunale, umwelt- und klimapolitische Handlungsfelder für unsere Stadt gefordert!

Will die CDU deshalb einen Tunnel um Staub und Gestank in den Untergrund zu zwingen? Die DKP fordert mehr Schiene und weniger Straße!



So wie der Wohnungsbau gehört auch der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) zur kommunalen Kernaufgabe, zur Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen u. Bürger.

Die Kernforderung der DKP:

Die Heidenheimer Verkehrsgesellschaft (HVG) ist eine Tochter des weltweiten ÖPNV-Multi Veolia mit einem Umsatz von 5,6 Milliarden Euro und über 80.000 Beschäftigten. Da die HVG Steuergelder aus der Stadt- und der Landkreiskasse erhält, muss sie die Geschäftsbilanz der Öffentlichkeit zugänglich machen.

Wir sagen:

„Keine Fahrpreiserhöhungen mehr ohne öffentliche Kontrolle“.

Seit Mitte der 90er Jahre „erwirtschaftet“ die HVG alljährliche Überschüsse.

- ★ Deshalb ohne Fahrpreiserhöhungen: Kein Ausbluten, sondern mehr Linien und eine bessere ÖPNV-Anbindung in die Umlandgemeinden.
- ★ Bessere Anbindung der Teilorte Oggenhausen und Großkuchen
- ★ Taktzeiten in Heidenheim-Stadt verkürzen



Die DKP schon immer auf der Höhe der Zeit



„Ja, liebe Stadträte, Wohnen war schon zu meiner Zeit ein Menschenrecht. Dass es OB Ilg u. der Gemeinderat der Vergangenheit zuschreiben - ist ein Skandal!“

Wohnen

ist immer ein Menschenrecht!

Menschenrechte dürfen nicht privatisiert werden!

Mit der Zustimmung des Gemeinderats, seine Beteiligungen an der GBH abzustößen, hat sich die Stadt samt OB Ilg aus einem sehr wichtigen kommunalen Kerngeschäft verabschiedet. Stadtverwaltung und Gemeinderat haben Hunderte von Mietern der Heuschrecke Gagfah überlassen. Dem Heidenheimer Handwerk sind dadurch wichtige örtliche Aufträge zur Arbeits- und Einkommenssicherung verloren gegangen.

Neben Miet- und Mietnebenkostenerhöhungen werden die Mieter mit sog. Modernisierungsmaßnahmen konfrontiert, die vielfach gegen die Mieterinteressen durchgesetzt werden. Bauliche Veränderungen haben teilweise zur Folge, dass das Mobiliar der Mieter nicht mehr passt und sie somit neben Mieterhöhungen, dem Baudreck und anderen Einschränkungen noch neue Möbel zu beschaffen haben.

Lediglich läppische 5 Mio. Euro wurden aus dem Verkauf der GBH-Aktien von der Stadt zurückgelegt. Ihr Verwendungszweck, nur bei Bedarf, ist dem Bau von Armenwohnungen vorbehalten.

Hinzu kommt, dass das Hauptgeschäft der Gagfah der Verkauf der ehemaligen Mietwohnungen und ganzer Häuserblöcke ist. Die so eingeleitete brutale Weiterprivatisierung beschleunigt die Abschaffung des Menschenrechts und die kommunale Daseinsvorsorge für preisgünstiges und soziales Wohnen



Die DKP Heidenheim bei den Mietern immer vor Ort

Die Forderungen der DKP



Gemeinderat und Stadtverwaltung stehen in der Pflicht, sich verstärkt um die kommunale Daseinsvorsorge „Wohnen als Menschenrecht“ zu kümmern.

In jedem Wohngebiet sind kommunale Beschwerdestellen für Mieter einzurichten und personell so zu besetzen, dass sowohl fachliche wie auch soziale Beratungen möglich werden.

Der soziale Mietwohnungsbau ist und bleibt städtische Kernaufgabe. Der städt. Mietwohnungsbau ist neu zu entwickeln

Dem „Weiter so“ von OB Ilg ist organisierter Mieterprotest gegenüber zu stellen.

Keine 2 Millionen Euro von den Mietern für das Namensrecht -Albstadion-

Die Vorschläge der DKP helfen weiter - deshalb DKP



„Nein, Ihr seid keine Altersgenossen zu mir. Aber ihr sollt es besser haben als ich. Altersarmut wird schlimm. Kommunale Lösungen müssen erkämpft werden!“

Senioren



Das künftige bundesdeutsche Rentenniveau wird von 48,7 auf 39,9 Prozent des Bruttoeinkommens sinken (der OECD-Durchschnitt liegt bei 58,7 Prozent). Laut OECD erhalten Geringverdiener (mit einem Jahreseinkommen von rund 20 000 Euro brutto) in keinem anderen Industrieland eine, gemessen am vorherigen Einkommen, so geringe Rente wie in Deutschland. „Deutschland droht in eine Armutsfalle zu laufen“, stellte Monika Queisser, Rentenexpertin bei der OECD, zu Recht fest.



Banken sind pleite, Aktionäre und Immobilienspekulanten wurden mit Milliarden gerettet, heute kann uns niemand mehr widersprechen, wenn wir sagen:

„Geld ist genug da!“

Unsere kommunale Forderung:



Altersarmut hat auch kommunalpolitische Konsequenzen: Seniorinnen und Seniorenarbeit darf nicht weiter auf private und konfessionelle Träger übertragen werden. Ein kommunales Seniorinnen- und Seniorenprogramm muss erarbeitet und entwickelt werden. Die Stadt Heidenheim hat sich mehr für ihre älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger auch hinsichtlich ihrer kulturellen Ansprüche und ihrer Mobilität einzusetzen.

Die DKP - Deine soziale Alternative

„Ja Genossen, da habt ihr Recht.
Die kleinen Handwerker und die
Gewerbetreibende zählen in der
Neuzeit zum Proletariat. Auch sie
werden von den
Monopolen drangsaliert!“



Handwerk und Gewerbe

Die anhaltende Finanzkrise fordert ein kommunales Mittelstandsprogramm

Für die bürgerliche Mittelschicht in Heidenheim ist es sicherlich nicht einfach zu begreifen, warum ausgerechnet Kommunisten für den Mittelstand ein kommunales Mittelstandsprogramm fordern.

Uns geht es um Arbeitsplätze hier in Heidenheim und in der Region.

Wir wissen, dass das Handwerk in den vergangenen Jahren durch die Steuerpolitik aus Berlin ähnlich wie die einfachen Menschen, benachteiligt worden ist.

Wir fordern aber auch, dass Löhne und Gehälter tarif- und qualifikationsgerecht bezahlt werden, dass es keine Löhne und Gehälter unter 8,- Euro / Stunde geben darf.

Kommunales Mittelstandsprogramm

Die Ausgaben des Staates, d.h. Ausgaben des Bundes, der Länder und auch der Gemeinden müssen erhöht werden.

Statt einen zerstörerischen Standortwettbewerb im Interesse der Großinvestoren zu finanzieren, müssen sich die Städte und Gemeinden auf eine Stärkung eigener Standortfaktoren orientieren. Öffentliche Aufträge dürfen nicht an Firmen vergeben werden, die Lohndumping betreiben und sich weigern, Tariflöhne zu zahlen. Die Kommunen müssen zu einem Motor werden gegen Niedriglöhne, von denen die Menschen nicht leben können.

Regionale Wirtschaftsabläufe stärken, bedeutet die Bevorzugung regionaler Anbieter bei öffentlichen Aufträgen nach sozialen und ökologischen Kriterien.

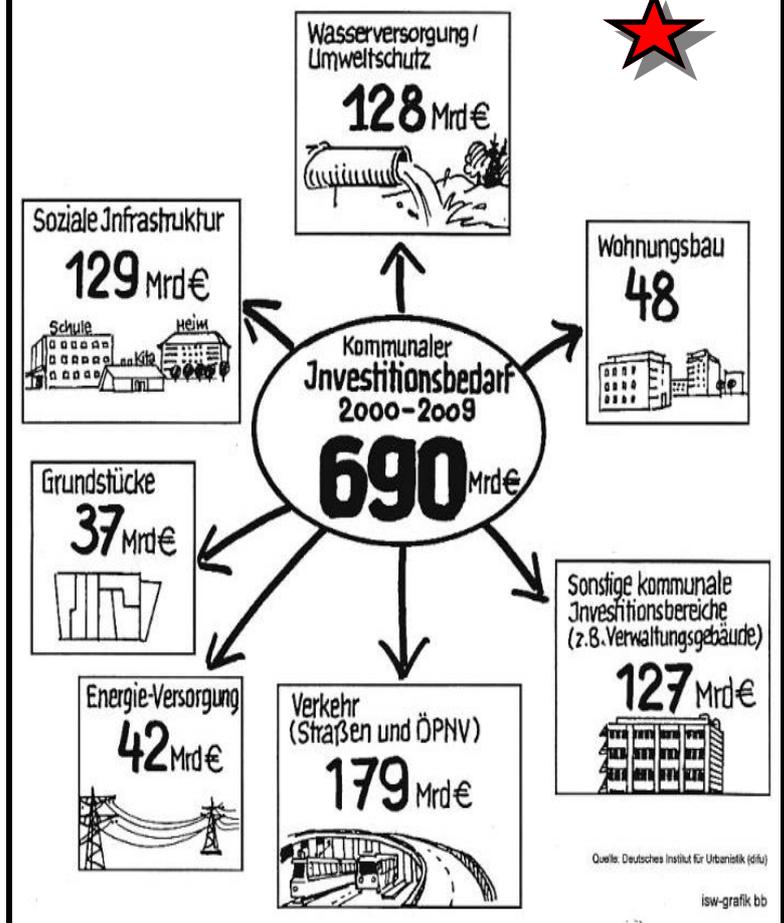
Mit der Bebauung des Ploucquet-Areals ist eine mehrjährige Möglichkeit gegeben, z.B. im kommunalen Mietwohnungsbau, im Bau kommunaler Dienstleistungsgebäude, der Infrastruktur und der Land- und Gartengestaltung ein

Kommunales Mittelstandsprogramm

zu erarbeiten

Kommunaler Investitionsbedarf

in der Bundesrepublik Deutschland



Wo DKP draufsteht - sind 34 Jahre Erfahrung drin



„Liebe Genossen, glaubt mir, ich wäre froh gewesen, es hätte zu meiner Zeit solche Kontakte gegeben. Nützt sie heute gemeinsam für eine soziale Zukunft!“

Städtepartnerschaft



Mit den Partnerstädten Jihlava (Tschechische Republik), mit Clichy (Frankreich), mit Döbeln im Bundesland Sachsen und mit Sankt Pölten (Österreich), sind wohl die engsten Kontakte zwischen den Städten vorhanden. Es sind aber auch enge Kontakte zwischen unseren kommunistischen Parteien geknüpft worden.

„Gerade Städtepartnerschaften, die aus den Ergebnissen des Zweiten Weltkriegs hervorgegangen sind, sind besonders geeignet, die Ursachen von Kriegen und Feindschaften zwischen den Völkern zu verdeutlichen. Sie sind geeignet, an das Vergangene zu erinnern und um die Fehler, die in der Vergangenheit gemacht wurden, für die Zukunft zu vermeiden“. So DKP Stadtrat Huber, bei einem Gespräch mit Vertretern der Parti

Communist Francaise (FKP) in Clichy.

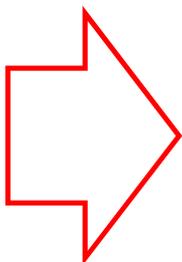
Städtepartnerschaften müssen weitaus deutlicher für antimilitaristische und antifaschistische Ziele genutzt werden.

Denn nur so kann ein verbindendes und nachhaltiges, mitmenschliches, Zusammenleben für die Menschen in den Städten ermöglicht werden.

Weder Revanchismus noch politische Einflußnahme in innere kommunale Angelegenheiten fördert die Beziehungen. So ist z.B. die Existenz der „Iglauer Sprachinsel“, einer Unterorganisation der Sudetendeutschen Landmannschaften, für die Beziehungen, gerade mit Jihlava, nicht hilfreich.



Unsere Vorschläge:



Ausbau der Beziehungen zu unseren Partnerstädten und zu den Organisationen und Parteien.

Kommunale Festlegungen zu gemeinsamen Themen nach dem Prinzip des kleinsten gemeinsamen Nenners, z.B. zu Fragen innerhalb der Europäischen Union

Den Erfahrungsaustausch zwischen den Städten fördern.

Frieden schließen statt weltweit schießen - DKP-

„Als alter Sack ist mir klar, dass heute internationale Solidarität wichtiger ist denn je. Deshalb: Heidenheimer, kämpft gemeinsam mit den Kommunisten für Frieden in Europa!“



Städtesolidarität EUROPA für Frieden

Soziale Sicherheit statt militärische Großmachtpolitik!

Militarisierung durch die Hintertür: Der EU Reformvertrag verlangt:



- Weltweite EU Kampfeinsätze mit nahezu unbegrenztem Aufgabengebiet
- Vertragliche Aufrüstungsverpflichtung für alle Mitgliedstaaten
- Endgültige Einrichtung eines EU-eigenen Rüstungshaushalts
- Keine parlamentarische Kontrollmöglichkeit von EU-Interventionen in aller Welt
- Kerneuropa - nur wer Krieg führt, darf mitbestimmen
- Machtverschiebung zugunsten der Großmächte

Die Zivilbevölkerung in den Städten und die Städte selbst, sind die Leidtragenden aller kriegerischer Auseinandersetzungen. Deshalb müssen auch kommunale Entscheidungen möglich sein, die über den kommunalen Kirchturm hinausreichen.

Gerade im Zusammenhang mit der Europäischen

Kriegsverfassung kann es nicht nur der großen Politik überlassen bleiben, was mit den Menschen und den Städten im Falle kriegerischer Auseinandersetzung und möglicher atomarer Konflikte passiert.



Mit dem Zusammenrücken der Nationalstaaten zu einer Europäischen Union haben die Städtepartnerschaften erweiterte Aufgaben, eine neue Qualität.

Städtesolidarität -Mayors for Peace-

Am 06. November 1986 beschloss der Gemeinderat der Stadt Heidenheim, der internationalen Städtesolidarität zur vollständigen Abschaffung der Atomwaffen beizutreten. Trotz wiederholten Anträgen, den Beschluss umzusetzen, war weder im Gemeinderat noch in der Stadtverwaltung der Wille erkennbar, den Beschluss mit Leben zu erfüllen.

Während soziale Sicherheit nur noch als Standortnachteil und Auslaufmodell gilt, wird militärische „Sicherheit“ zur neuen Heilslehre erhoben - koste, was es wolle.



Unsere Vorschläge: Gemeinderat und Stadtverwaltung sind gefordert, die weltweite Bewegung „Mayors for Peace“ mit Leben zu erfüllen mit dem Ziel der vollständigen Abschaffung aller Atomwaffen.



Der 6. und 9. August dem Jahrestage des Abwurfs der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki, müssen zur Aufklärung in der Öffentlichkeit genutzt werden.

Der 1. September, der -Antikriegstag-, der Jahrestag des Einmarsches der Nazi-Wehrmacht in Polen, ist alljährlich zu nutzen, um auf die Schrecken des Zweiten Weltkrieges hinzuweisen, mit dem Ziel, Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen.

Unterstützung und enge Zusammenarbeit mit der Heidenheimer Friedensgruppe



„Ich weiss, Generationen nach mir haben den Faschismus erlebt. Es muss furchtbar gewesen sein. Deshalb meine feste Überzeugung: Der Neofaschismus muss so schnell wie möglich verboten werden!“

Antifaschismus

hat in Heidenheim Tradition

mit Clichy

ASSOCIATION
DES DÉPORTÉS
ET INTERNÉS
RÉSISTANTS
ET PATRIOTES
DES HAUTS-DE-SEINE



DIMANCHE 28 MAI 1978 à CLICHY
Maison du Peuple - W. boulevard Lefevre

de 9 Heures à 11 Heures 45
SEANCE DE CLOTURE du Congrès
à 12 Heures départ du cortège pour la
CEREMONIE DU SOUVENIR au
Monument de la Résistance et de la
Déportation place de la République

à l'issue de la Cérémonie, au rit d'honneur
sera offert par le Mairie de Clichy



Einweihung der Georg-Elser-Anlage 1971 (Bild sw) mit Gedenkstein durch

die VVN-BdA und ehemalige KPD/DKP Mitglieder. Mit späterem Besuch aus Clichy (Bild links-farbig) und einem Gegenbesuch (Einladung Clichy oben) zu einem Kongress in Clichy.

Den Nazis keine Stimme, denn Faschismus ist keine Meinung sondern ein Verbrechen

nonpd
NPD-Verbot jetzt!



Weg mit dem Nazi-Mist in Heidenheim. Gemeinsam gegen Neofaschismus und Fremdenfeindlichkeit.



Gegen den Aufmarsch von Neonazis, den „nationalen Sozialisten“, protestierten



Die DKP erinnert an die Morde vor dem K2, die von einem Neonazi 2003 an drei Jugendlichen verübt wurde.

Unsere Forderung:

rund 2.000 Heidenheimer Bürgerinnen und Bürger am 10. August 2005 vor dem Rathaus



Dem Widerstand der Anständigen muss der Widerstand der Zuständigen folgen. Stadtverwaltung und Gemeinderat unterstützen den antifaschistischen Widerstand. Kommunale Aufklärung, Projektarbeiten an Schulen und Organisationen wird finanziell unterstützt. Nazi-Aufmärsche müssen verboten werden.



„Ich weiß Genossen,
„ohne Moos ist nix los“. Ich kann
leider nicht spenden. Bin aber
überzeugt, es gibt Mitbürgerin-
nen und Mitbürger, die Eure Ar-
beit mit einer Spende belohnen.
Spendenkonto links angegeben!“

Spendenkonto DKP Heidenheim
Kreissparkasse HDH BLZ 632 500 30
Konto Nr. 413 903

BLICKPUNKT

Kommunales Mitteilungsblatt der DKP Heidenheim
V.i.S.d.P. DKP Heidenheim Stadtrat Reinhard Püschel

turbine

Mitteilungsblatt der DKP für VOITH-Beschäftigte

Die Publikationen der DKP sind nicht kostenlos
Bitte spenden Sie. Wir bedanken uns im Voraus



Das kommunistische Wertpapier:
Woche für Woche Arbeiterzeitung
www.unsere-zeit.de

Wer die Welt verändern will, muss sie erkennen. Wer sich befreien will, braucht Genossinnen und Genossen. Wer Kraft entfalten will, muss sich organisieren. Wer ein freies, menschliches Leben erringen, die Zukunft gewinnen will, muss kämpfen
Die Deutsche Kommunistische Partei hat sich nicht ihrer selbst willen gebildet. Sie wirkt mit der Arbeiterklasse und in der Arbeiterklasse für die Zukunftsinteressen der Menschheit.
Soziale Sicherheit und Gerechtigkeit, Demokratie und Freiheit, Frieden und Sozialismus - dafür kämpft die Deutsche Kommunistische Partei.



Ich möchte

- mehr Infos über die DKP
- UNSERE ZEIT - die Zeitung der DKP - kennenlernen
- Kontakt zur DKP in meiner Nähe
- Mitglied der DKP werden

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail-Adresse

Sonstige Informationen an die DKP:

Einsenden an: DKP Heidenheim

Reinhard Püschel,
Friedenstraße 8
89522 Heidenheim
Telefon: (07321) 92 42 06
Fax: (07321) 92 42 06
E-Mail: reinhard.pueschel@web.de
Informationen an DKP Infoständen und
bei den DKP Stdträten
Reinhard Püschel und Wilhelm Benz



Impressum: V.i.S.d.P. DKP Heidenheim, Ulrich Huber. KOPO-Wahlprogramm beschlossen auf der DKP Kreismitgliederversammlung Heidenheim am 23.01.2009 Die Kosten für Druck u. Papier rechnen sich bei 3,- Euro pro Exemplar. Für Spenden bedanken wir uns im Voraus. Spendenkonto siehe oben.